

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses

am Mittwoch, dem 17.09.2003

im Sitzungszimmer 2.5/2.6, 2. Etage, Südflügel, Neues Rathaus,
Großflecken 59, 24534 Neumünster

Beginn:

17:35 Uhr

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Kluckhuhn

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Friedhelm Brandt
Herr Sebastian Fricke
Herr Klaus Grassau
Herr Hauke Hahn
Herr Peter Jessen
Herr Karl-Heinz Mengelberg
Herr Karsten Schröder

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Carl Holtzberg
Herr Dr. Wolfgang Krickhahn
Frau Marion Weituschat

Außerdem anwesend

Herr Ratsherr Ketelhut (bis 20.12 Uhr)
Herr Bluhm, Holsteinischer Courier
Herr Detlefsen, Kieler Nachrichten
Herr Wolfgang Hanssen, Personalrat
1 Vertreter der Stadtteilbeiräte
1 Zuhörer

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat
Pressesprecher
Kiek in
Leiter Sachgebiet I
Kiek in
Leiter Fachbereich VI

Herr Hansheinrich Arend
Herr Stefan Beitz
Frau Petra Brzeski (bis 19.43 Uhr)
Herr Klaus Buchholz (ab 18.35 Uhr)
Frau Irmi Giesler-von der Burg (bis 19.43 Uhr)
Herr Bernhard Hörst

Arbeitsgruppenleiter im TBZ
Fachdienstleiter FD Haushalt und Finanzen
Mitarbeiterin FD Stadtentwicklung
Mitarbeiterin Rechtsabteilung
Leiter Rechtsabteilung
Leiter Fachbereich IV
Protokollführer
Oberbürgermeister
Leiter FD Rechnungsprüfung
Leiter der Vergabestelle

Herr Willi Hoffmann (bis 20.08 Uhr)
Herr Hans-Jürgen Holland
Frau Sabine Kalinowsky
Frau Bettina Krull (bis 19.43 Uhr)
Herr Dr. Andreas Schmidt
Herr Detlev Schulz
Herr Hans-Günter Szislo
Herr Hartmut Unterlehberg
Herr Manfred Utech
Herr Harry Wengel (bis 18.30 Uhr)

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 20.08.2003
4. Einwohnerfragestunde
5. Einführung in das Vergaberecht durch Herrn Wengel, Fachdienst Bauverwaltung
6. Quartalsbericht - II. Quartal 2003 des "Kiek in"
Vorlage: 0029/2003/MV
7. Gestaltung und Betrieb der städtischen Abfallentsorgung
Vorlage: 0139/2003/DS
8. Kalkulation der Abfallgebühren ab 01.09.2003 und Neufassung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 0144/2003/DS
9. Konzept zur Konsolidierung des Fachdienstes - 06 -
Vorlage: 0171/2003/DS
10. Bericht zur Haushaltskonsolidierung August 2003
Vorlage: 0030/2003/MV
11. Liste der Zuwendungen 2003 und Übersicht zur Klassifizierung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenkategorie
Vorlage: 0143/2003/DS
12. 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003
Vorlage: 0130/2003/DS
13. Mitteilungen

1 .	Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Der Vorsitzende Ratsherr Kluckhuhn eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
-----	---

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form genehmigt.

3 .	Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 20.08.2003
-----	--

Die Niederschrift der 4. öffentlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 20.08.2003 wird einstimmig genehmigt.

4 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es werden keine Fragen gestellt.

5 .	Einführung in das Vergaberecht durch Herrn Wengel, Fachdienst Bauverwaltung
-----	---

Frau Krull, Rechtsabteilung und Herr Wengel erläutern die Rechtsgrundlagen und die Grundsätze des Vergabewesens. Auch die Zuständigkeiten und die Verfahrensweise in der Stadtverwaltung Neumünster werden ausführlich dargelegt. Hierzu werden entsprechende Unterlagen verteilt.

Es werden einige Fragen gestellt, die von der Verwaltung beantwortet werden.

6 .	Quartalsbericht - II. Quartal 2003 des "Kiek in" Vorlage: 0029/2003/MV
-----	---

Ratsherr Schröder fragt, inwieweit es gesicherte Prognosen über die Internatskostenanteile für die zweite Jahreshälfte gibt. Frau Giesler-von der Burg erklärt, dass es zur Zeit keine gesicherten Prognosen für die zweite Jahreshälfte gibt. Die Situation ist aufgrund der drastischen Einbrüche im Internatsbereich schwierig.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Quartalsbericht des Kiek In zur Kenntnis.

7 .	Gestaltung und Betrieb der städtischen Abfallentsorgung Vorlage: 0139/2003/DS
-----	--

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden auf Anregung von Ratsher Kluckhuhn vom Ausschuss zusammen beraten.

Ratsherr Hahn erläutert einen Antrag der CDU-Fraktion, der dieser Niederschrift beigelegt ist (s. Anlage) Danach soll die Gebühr für die Blaue Tonne in die Abfallgebührensatzung eingearbeitet werden. Die Satzung soll dann zum 01.01.2004 in Kraft treten. Die Versendung von zwei Bescheiden im zeitlichen Abstand von wenigen Wochen sei nicht sinnvoll.

Entsprechend der Schiedsstellenentscheidung für den Rettungsdienst sollen Verwaltungskosten auf der Grundlage des Jahres 1999 berücksichtigt werden.

Die Vorlage soll mit den Widerspruchsführern unter größtmöglicher Einigung abgestimmt werden.

In einer gesonderten Vorlage sollen Verfahrensvorschläge über den Verbleib der bis Ende 2003 angewachsenen Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Wittorferfeld vorgelegt werden.

Im Ergebnis sollen die Drucksachen 0139/2003 und 0144/2003 an die Verwaltung zurückverwiesen werden.

Der Ausschuss unterbricht die Beratung von 18.37 Uhr bis 18.45 Uhr.

Die Frage von Ratsherr Fricke nach dem Ergebnis des Schiedsverfahrens zu den Rettungsdienstentgelten wird von 1. Stadtrat Arend beantwortet.

Oberbürgermeister Unterlehberg weist darauf hin, dass sich bei einer Senkung der Verwaltungskosten Auswirkungen auch auf andere Bereiche der Verwaltung ergeben könnten. Um Rechtssicherheit zu erreichen, ist eine gerichtliche Klärung dringend erforderlich.

Ratsherr Schröder legt dar, dass die Gebühren so korrekt wie möglich auch in Bezug auf die Gemeinkosten berechnet werden sollten. Eine Steuerfinanzierung von Verwaltungskosten sollte vermieden werden und stellt keinen strukturellen Vorteil dar, da die Kosten dadurch auf unverändertem Niveau bleiben.

Ratsherr Grassau führt aus, dass erreicht werden sollte, mit der im Dezember zu verabschiedenden Gebührensatzung Rechtssicherheit herzustellen.

Bürgerschaftsmitglied Dr. Krickhahn äußert sich zustimmend zu der Absicht des Oberbürgermeisters, im Zweifel einen Rechtsstreit zu führen.

Oberbürgermeister Unterlehberg erläutert, dass die vorgesehene Gebühr für die Blaue Tonne ein Verhandlungsergebnis mit den ehemaligen Widerspruchsführern darstellt. Die Entscheidung über die Einführung der Gebühr für die Blaue Tonne wird nicht durch die Verwaltung, sondern durch die Ratsversammlung getroffen.

Oberbürgermeister Unterlehberg führt aus, dass dem Gebührenhaushalt alle ansatzfähigen Kosten zugerechnet werden müssen. Eine Belastung des allgemeinen Haushalts mit möglicherweise gebührenfähigen Kosten ist unbedingt zu vermeiden. Rechtssicherheit kann in der derzeitigen Situation durch eine Gerichtsentscheidung erreicht werden. Die Prüfung des von der CDU eingebrachten Antrages wird von Oberbürgermeister Unterlehberg zugesichert. Er weist darauf hin, dass weitere Verhandlungen mit den ehemaligen Widerspruchsführern nicht zielführend sind.

Ratsherr Kluckhuhn weist darauf hin, dass über die Rettungsdienstentgelte auf einer anderen Rechtsgrundlage entschieden wird. Die Rettungsdienstentgelte sind im Gegensatz zu den auf der Grundlage des KAG zu kalkulierenden Abfallentsorgungsgebühren auszuhandeln.

Dr. Schmidt erläutert, dass bei den Kosten, die in die Gebührenkalkulation einbezogen werden, weitgehend Rechtssicherheit darüber herrscht, dass diese Kosten dem Grunde nach gebührenfähig sind. Die Frage der Höhe der ansatzfähigen Kosten ist allerdings ungeklärt. Grundsätzlich haben Gemeinden das Organisationsrecht. Nur bei extremen Schieflagen werden Verwaltungen durch die Rechtsprechung sanktioniert. Dr. Schmidt weist darauf hin dass im Rahmen der Verhandlungen mit den ehemaligen Widerspruchsführern nur sehr wenige bleibende Dissense zu verzeichnen sind. Unverständlich ist daher, dass durch den Rechtsbeistand der Verhandlungsführer wieder alle Punkte in Zweifel gezogen werden.

Ratsherr Ketelhut kritisiert, dass es zur Zeit kein aktuell fortgeschriebenes Abfallentsorgungskonzept der Stadt gibt. Er regt eine Fortschreibung an.

Der 1. Stadtrat Arend verweist auf das kaum noch verbesserungsfähige, sehr kundenorientierte Abfallsammelsystem in Neumünster.

Oberbürgermeister Unterlehberg weist in Bezug auf die vorgesehene Gebühr für die Blaue Tonne auf den zur Zeit hohen Papierpreis hin, an dem die Stadt partizipiert. Er sichert zu, dass die Einnahmesituation für Altpapier in der nächsten Ratsversammlung dargelegt wird.

Nach weiterer, lebhafter Diskussion mit unterschiedlichen Wortbeiträgen wird die Ausschusssitzung von 19.43 bis 20.02 Uhr unterbrochen.

Nach Vorschlag von Ratsherr Hahn sind die Punkte 2 und 3 auf dem Antragspapier der CDU (s. Anlage) zu streichen.

Anschließend stimmt der Ausschuss über den folgenden Antrag ab:

Der Ausschuss empfiehlt, die Drucksachen 0139/2003 und 0144/2003 an die Verwaltung zurückzuverweisen mit der Maßgabe, die gesonderte Nutzungsgebühr für die blaue Tonne in die neue Abfallgebührensatzung, die zum 01. Januar 2004 in Kraft treten soll, mit einzukalkulieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer gesonderten Vorlage Verfahrensvorschläge über den Verbleib der bis Ende 2003 angewachsenen Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Wittorferfeld vorzulegen. Dabei sind die Empfehlungen des Landesrechnungshofes und des Landesamtes für Natur und Umwelt sowie die Beschlussfassung der Ratsversammlung vom 23.02.2000 (DS326/98) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 5

Damit ist der Antrag angenommen.

8 .	Kalkulation der Abfallgebühren ab 01.09.2003 und Neufassung der Abfallgebührensatzung Vorlage: 0144/2003/DS
-----	--

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden auf Anregung von Ratsher Kluckhuhn vom Ausschuss zusammen beraten. Das Protokoll zu Tagesordnungspunkt 7 umfasst somit auch die Beratung zum Tagesordnungspunkt 8.

9 .	Konzept zur Konsolidierung des Fachdienstes - 06 - Vorlage: 0171/2003/DS
-----	---

Bürgerschaftsmitglied Holtzberg merkt an, dass den freien Trägern die schwierige Haushalts-situation seit längerem bekannt ist und sie sich hierauf hätten einstellen können. Im Haushalt stehen nur 50.000 € zur Verfügung. Fraglich sei, warum die freien Träger auf weitere Mittel vertraut hätten.

Herr Buchholz erläutert anschließend die Vorlage.

Zu den einzelnen Ziffern des Antrages stimmt der Ausschuss wie folgt getrennt ab:

Beschluss:

Zu Ziff. 1 des Antrages: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Ziff. 2 des Antrages: Der Ausschuss stimmt einstimmig zu.

Zu Ziff. 3 und 4 des Antrages: Der Ausschuss lehnt die Anträge ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 7

10 .	Bericht zur Haushaltskonsolidierung August 2003 Vorlage: 0030/2003/MV
------	--

Ratsherr Fricke fragt nach den erheblichen Veränderungen im Fachbereich III gegenüber dem letzten Bericht.

Oberbürgermeister Unterlehberg erläutert kurz die Abweichungen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis vom Bericht zur Haushaltskonsolidierung.

Für zukünftige Berichte bittet der Ausschuss, größere Abweichungen in einigen Sätzen zu erläutern.

11 .	Liste der Zuwendungen 2003 und Übersicht zur Klassifizierung der Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenkategorie Vorlage: 0143/2003/DS
------	---

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

12 .	1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003 Vorlage: 0130/2003/DS
------	--

Der dritte Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes mit eingearbeiteten Änderungen sowie eine Änderungsliste mit Erläuterungen werden an die Ausschussmitglieder verteilt. Oberbürgermeister Unterlehberg erläutert die Reduzierung des Defizites um rd. 2,1 Mio Euro gegenüber dem letzten Entwurf des Nachtragshaushaltsplanes.

1.StR Arend teilt mit, dass im KIF-Schulbauprogramm (Kommunaler Investitionsfonds) nach Mitteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur noch Mittel für 2003 verfügbar geworden sind. Es ist beabsichtigt, drei Schulsanierungsmaßnahmen im Umfang von rd. 1,1 Mio Euro anzumelden, die bisher in der Finanzplanung 2005 vorgesehen waren.

Herr Holland erläutert, dass durch diese Maßnahmen auch Änderungen des nunmehr verteilten Entwurfes des Nachtragshaushaltsplanes erforderlich werden.

Oberbürgermeister Unterlehberg weist darauf hin, dass die Mittel des Kommunalen Investitionsfonds nur freigeworden sind, weil andere Kommunen im Gegensatz zu Neumünster aufgrund der angespannten Haushaltslage bereits angemeldete Maßnahmen nicht mehr durchführen können.

Anschließend stimmt der Ausschuss über die Vorlage mit folgendem Ergebnis ab:

Beschluss:

Ja-Stimmen: 4

Enthaltungen: 7

Damit ist die Vorlage angenommen.

13 .	Mitteilungen
------	--------------

Herr Holland verteilt eine neu erstellte Gremiumsliste an die Ausschussmitglieder.

(Ausschussvorsitzender)

(Protokollführer)

Ende der Sitzung:

20.37 Uhr

